Stand: 07.12.2025 13:25:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18079

"Verkehr Notfallplan für den Verkehr 31.08.2021 - 26.10.2021"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/18079 vom 29.09.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18786 des BV vom 09.11.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18841 vom 11.11.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 11.11.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.09.2021 **Drucksache** 18/**18079**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Verkehr
Notfallplan für den Verkehr
31.08.2021 - 26.10.2021

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 44. Sitzung am 28. September 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die EU-Kommission möchte einen Notfallplan für den Verkehr erstellen, der im Krisenfall, wie z. B. zu Beginn der Corona-Pandemie, Krisenvorsorge und Betriebskontinuität im Verkehrssektor gewährleistet. Daraus soll ein „Krisenhandbuch“ erstellt werden, das einschlägige Maßnahmen zur Abfederung etwaiger negativer Auswirkungen auf den Verkehrssektor, die Passagiere und den Binnenmarkt im Krisenfall enthält. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Konsultation, einen Überblick über die alltäglichen Erfahrungen im Umgang mit der COVID-19-Pandemie zu erstellen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.11.2021 **Drucksache** 18/**18786**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/**18079**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Verkehr
Notfallplan für den Verkehr
31.08.2021 - 26.10.2021

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Gerade im grenzüberschreitenden Verkehr haben sich in der Pandemie eine Reihe von Problemen gezeigt. Hierzu gehört neben starken Einschränkungen für Transitreisende vor allem auch die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Im Güterverkehr führten die Gesundheitsprüfungen an den Grenzen zu Staus und Störungen in den Lieferketten. Es fehlten vor allem Planungssicherheit und rechtzeitige Informationen zu geplanten Änderungen. Deshalb ist in einem Notfallplan für den Verkehr darauf zu achten, dass insbesondere der grenzüberschreitende Güterverkehr entlang der Korridore des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) und anderer wichtiger grenzüberschreitender Verbindungen gewährleistet bleibt. Als hilfreich erwiesen hat sich die Implementierung der Green Lanes. In Bayern arbeiteten die Behörden im Grenzgebiet zusammen. Lastkraftwagen wurden priorisiert behandelt. Probleme gab es hier vor allem im Zuge der Umstellung. Green Lanes sollten daher fester Bestandteil des Notfallplans werden. Hilfreich waren auch die Verlängerungen von Fahrerlaubnissen und Lizenzen (EU-Gemeinschaftslizenz für den grenzüberschreitenden Personenverkehr bzw. grenzüberschreitenden Güterverkehr) sowohl im Straßengüterverkehr als auch im Omnibusverkehr.

Im Schienenverkehr waren die Regelungen beim Grenzübertritt auch für Triebfahrzeugführer und Zugpersonal ein starkes Hemmnis, ebenso die teilweise fehlenden Ausnahmen bei Quarantänevorschriften für das Zugpersonal. Der grenzüberschreitende Schienenpersonennahverkehr wurde durch unabgestimmte Corona-Regeln der einzelnen Staaten stark behindert und musste teilweise eingestellt werden. Dies wirkte sich umlauf- und personalbedingt teilweise auch auf innerbayerische Relationen aus. Es fehlten Ausnahmevorschriften für das Zugpersonal, das sogar lediglich bei einem Wechsel des Führerstands ohne Kontakt zu anderen Personen am Bahnhof Quarantäneverpflichtungen unterlegen wäre, wenn es aus einem Hochinzidenzgebiet gekommen ist. Bei Grenzkontrollen zeigte sich hoher Abstimmungsbedarf zwischen betrieblichen und (grenz-)polizeilichen Belangen. Im Ergebnis wurden z.B. Regelungen für den Fernverkehr auch auf Relationen des Schienenpersonennahverkehrs (z.B. Verbindung nach Prag) angewendet. Fehlende Regelungen für Transitreisende erschwerten das Reisen deutlich, wie etwa Regelungen zum Verlassen des Zuges in Hochinzidenzgebieten. Auch die Anforderungen an die Beschaffenheit der Masken wurden in einzelnen Ländern

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

und Regionen unterschiedlich gehandhabt (FFP2 in Bayern, OP-Masken/“Community-Masken“ in Österreich und Tschechien). Als schwierig gestaltete sich sowohl für die Eisenbahnverkehrsunternehmen als auch für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen, die komplizierten Einreisevorschriften zu vertreten und gegenüber Reisenden durchzusetzen. Der Betrieb eines Eisenbahnverkehrs- oder Omnibusunternehmens ist insofern nicht mit dem einer Airline zu vergleichen, die andere Möglichkeiten hat, Einreisevorschriften zu prüfen und Einreiseverbote durch Verweigerung des Zutritts zum Flugzeug durchzusetzen. Divergierende Regelungen zu Grenzschließungen wirkten sich erheblich auf betriebliche Abläufe im Eisenbahnverkehr aus. Es zeigte sich, dass zumindest der Grenzübertritt bestimmter Personengruppen (z.B. Grenzpendler, bestimmte Berufsgruppen) sowie in gewissem Umfang Transitverkehr stattfinden können muss. Einheitliche, klare Regelungen würden dem grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr in vergleichbaren Lagen nutzen. Insbesondere ein gemeinsames Verständnis von Verkehrsarten (Schienenpersonennahverkehr und -fernverkehr) zwischen den Mitgliedstaaten, welches insbesondere auch im Bereich der Gefahrenabwehr und des Gesundheitsschutzes gilt, wäre hilfreich. Der Verzicht auf die Erhebung von Reservierungsentgelten durch die Infrastrukturbetreiber für den Fall, dass krisenbedingt bestellte Trassen nicht gefahren werden, sowie die Verlängerung der europarechtlich vorgeschriebenen Fristen für ärztliche Untersuchungen bestimmter Gruppen des Eisenbahnpersonals waren sinnvolle Maßnahmen im Rahmen der COVIDKrise.

Im Zuge der Pandemie ist auch der gewerbliche Linien- und Charter-Luftverkehr zeitweise fast vollständig zum Erliegen gekommen. Diese dramatische Entwicklung des Passagieraufkommens, bedingt durch Reisebeschränkungen, Quarantänevorschriften und auch geändertes Reiseverhalten, hat sich unmittelbar auch auf die Einnahmen der Flughäfen ausgewirkt. Flughäfen und Airlines konnten nur eine Mindestkonnektivität aufrechterhalten. Damit konnte zumindest die Abwicklung von Rückholflügen von Reisenden aus dem Ausland, Erntehelferflügen sowie Luftfrachtverkehr gesichert werden. Eine wichtige Maßnahme, die im EU-Notfallplan Verkehr Berücksichtigung finden sollte, war, die Flughäfen soweit wie möglich offen zu halten. Sie konnten damit essentielle Aufgaben für die allgemeine Versorgung erfüllen. Über das Vorhalten der Infrastruktur ermöglichten sie zum Beispiel die Aufrechterhaltung wichtiger Fracht- und Logistikketten, welche nicht zuletzt für die Verteilung der Impfstoffe gegen COVID-19 unabdingbar war. Die internationale Luftfracht war für die Aufrechterhaltung der Versorgung von Unternehmen und Verbrauchern von besonderer Bedeutung. Die Luftfracht kann bei zusammenbrechenden Transportketten eine schnelle und sichere Versorgung mit beispielsweise Medikamenten, Pharmazeutika, Masken usw. sicherstellen. Daher sollte ein europaweiter Mechanismus eingeführt werden, der in ähnlichen Extremsituationen die schnelle und unbürokratische Durchführung von Luftfrachtflügen gewährleistet. Weiterhin war die Festlegung befristeter Maßnahmen im Rahmen der Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft hilfreich, um die negativen Folgen der Pandemie leichter bewältigen und die Auswirkungen auf den Luftfahrtsektor für die Dauer der Krise abmildern zu können, z.B. durch die Aufhebung der behördlichen Verpflichtung zu Aussetzung/Widerruf einer Betriebsgenehmigung für Luftfahrtunternehmen bei finanziellen Problemen infolge der Pandemie oder die Aussetzung des Zustimmungserfordernisses durch die Kommission, wenn Mitgliedstaaten die Ausübung von Verkehrsrechten länger als 14 Tage einschränken wollen.

Berichterstatterin: **Ulrike Scharf**
Mitberichterstatter: **Franz Bergmüller**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes-

und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.

2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 44. Sitzung am 12. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO).

Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 46. Sitzung am 9. November 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Enthaltung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Enthaltung

zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 47. Sitzung am 9. November 2021 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Enthaltung
SPD:	Zustimmung
FDP:	kein Votum

entschieden, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Manfred Eibl
Stellvertretender Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 11.11.2021 **Drucksache** 18/**18841**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Drs. 18/**18079**, 18/**18786**

Verkehr

Notfallplan für den Verkehr

31.08.2021 – 26.10.2021

Drs. 18/**18079**, 18/**18786**

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Gerade im grenzüberschreitenden Verkehr haben sich in der Pandemie eine Reihe von Problemen gezeigt. Hierzu gehört neben starken Einschränkungen für Transitreisende vor allem auch die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Im Güterverkehr führten die Gesundheitsprüfungen an den Grenzen zu Staus und Störungen in den Lieferketten. Es fehlten vor allem Planungssicherheit und rechtzeitige Informationen zu geplanten Änderungen. Deshalb ist in einem Notfallplan für den Verkehr darauf zu achten, dass insbesondere der grenzüberschreitende Güterverkehr entlang der Korridore des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) und anderer wichtiger grenzüberschreitender Verbindungen gewährleistet bleibt. Als hilfreich erwiesen hat sich die Implementierung der Green Lanes. In Bayern arbeiteten die Behörden im Grenzgebiet zusammen. Lastkraftwagen wurden priorisiert behandelt. Probleme gab es hier vor allem im Zuge der Umstellung. Green Lanes sollten daher fester Bestandteil des Notfallplans werden. Hilfreich waren auch die Verlängerungen von Fahrerlaubnissen und Lizenzen (EU-Gemeinschaftslizenz für den grenzüberschreitenden Personenverkehr bzw. grenzüberschreitenden Güterverkehr) sowohl im Straßengüterverkehr als auch im Omnibusverkehr.

Im Schienenverkehr waren die Regelungen beim Grenzübertritt auch für Triebfahrzeugführer und Zugpersonal ein starkes Hemmnis, ebenso die teilweise fehlenden Ausnahmen bei Quarantänevorschriften für das Zugpersonal. Der grenzüberschreitende Schienenpersonennahverkehr wurde durch unabgestimmte Coronaregeln der einzelnen Staaten stark behindert und musste teilweise eingestellt werden. Dies wirkte sich umlauf- und personalbedingt teilweise auch auf innerbayerische Relationen aus. Es fehlten Ausnahmevorschriften für das Zugpersonal, das sogar lediglich bei einem Wechsel des Führerstands ohne Kontakt zu anderen Personen am Bahnhof Quarantäneverpflichtungen unterlegen wäre, wenn es aus einem Hochinzidenzgebiet gekommen ist. Bei Grenzkontrollen zeigte sich hoher Abstimmungsbedarf zwischen betrieblichen und (grenz-)polizeilichen Belangen. Im Ergebnis wurden z. B. Regelungen für den Fernverkehr auch auf Relationen des Schienenpersonennahverkehrs (z. B. Verbindung nach Prag) angewendet. Fehlende Regelungen für Transitreisende erschwerten das Reisen deutlich, wie etwa Regelungen zum Verlassen des Zuges in Hochinzidenzgebieten. Auch die Anforderungen an die Beschaffenheit der Masken wurden in einzelnen Ländern und Regionen unterschiedlich gehandhabt (FFP2 in Bayern, OP-Masken/„Community-Masken“ in Österreich und Tschechien). Als schwierig gestaltete sich sowohl für die Eisenbahnverkehrsunternehmen als auch für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen, die komplizierten Einreisevorschriften zu vertreten

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

und gegenüber Reisenden durchzusetzen. Der Betrieb eines Eisenbahnverkehrs- oder Omnibusunternehmens ist insofern nicht mit dem einer Airline zu vergleichen, die andere Möglichkeiten hat, Einreisevorschriften zu prüfen und Einreiseverbote durch Verweigerung des Zutritts zum Flugzeug durchzusetzen. Divergierende Regelungen zu Grenzschließungen wirkten sich erheblich auf betriebliche Abläufe im Eisenbahnverkehr aus. Es zeigte sich, dass zumindest der Grenzübertritt bestimmter Personengruppen (z. B. Grenzpendler, bestimmte Berufsgruppen) sowie in gewissem Umfang Transitverkehr stattfinden können muss. Einheitliche, klare Regelungen würden dem grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr in vergleichbaren Lagen nutzen. Insbesondere ein gemeinsames Verständnis von Verkehrsarten (Schienenpersonennahverkehr und -fernverkehr) zwischen den Mitgliedstaaten, welches insbesondere auch im Bereich der Gefahrenabwehr und des Gesundheitsschutzes gilt, wäre hilfreich. Der Verzicht auf die Erhebung von Reservierungsentgelten durch die Infrastrukturbetreiber für den Fall, dass krisenbedingt bestellte Trassen nicht gefahren werden, sowie die Verlängerung der europarechtlich vorgeschriebenen Fristen für ärztliche Untersuchungen bestimmter Gruppen des Eisenbahnpersonals waren sinnvolle Maßnahmen im Rahmen der COVID-Krise.

Im Zuge der Pandemie ist auch der gewerbliche Linien- und Charter-Luftverkehr zeitweise fast vollständig zum Erliegen gekommen. Diese dramatische Entwicklung des Passagieraufkommens, bedingt durch Reisebeschränkungen, Quarantänevorschriften und auch geändertes Reiseverhalten, hat sich unmittelbar auch auf die Einnahmen der Flughäfen ausgewirkt. Flughäfen und Airlines konnten nur eine Mindestkonnektivität aufrechterhalten. Damit konnte zumindest die Abwicklung von Rückholflügen von Reisenden aus dem Ausland, Erntehelferflügen sowie Luftfrachtverkehr gesichert werden. Eine wichtige Maßnahme, die im EU-Notfallplan Verkehr Berücksichtigung finden sollte, war, die Flughäfen soweit wie möglich offen zu halten. Sie konnten damit essenzielle Aufgaben für die allgemeine Versorgung erfüllen. Über das Vorhalten der Infrastruktur ermöglichten sie zum Beispiel die Aufrechterhaltung wichtiger Fracht- und Logistikketten, welche nicht zuletzt für die Verteilung der Impfstoffe gegen COVID-19 unabdingbar war. Die internationale Luftfracht war für die Aufrechterhaltung der Versorgung von Unternehmen und Verbrauchern von besonderer Bedeutung. Die Luftfracht kann bei zusammenbrechenden Transportketten eine schnelle und sichere Versorgung mit beispielsweise Medikamenten, Pharmazeutika, Masken usw. sicherstellen. Daher sollte ein europaweiter Mechanismus eingeführt werden, der in ähnlichen Extremsituationen die schnelle und unbürokratische Durchführung von Luftfrachtflügen gewährleistet. Weiterhin war die Festlegung befristeter Maßnahmen im Rahmen der Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft hilfreich, um die negativen Folgen der Pandemie leichter bewältigen und die Auswirkungen auf den Luftfahrtsektor für die Dauer der Krise abmildern zu können, z. B. durch die Aufhebung der behördlichen Verpflichtung zu Aussetzung/Widerruf einer Betriebsgenehmigung für Luftfahrtunternehmen bei finanziellen Problemen infolge der Pandemie oder die Aussetzung des Zustimmungserfordernisses durch die Kommission, wenn Mitgliedstaaten die Ausübung von Verkehrsrechten länger als 14 Tage einschränken wollen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über die Europaangelegenheit betreffend "Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union – Notfallplan für den Verkehr 31.08.2021 bis 26.10.2021" auf den Drucksachen 18/18079 und 18/18786 gesondert abzustimmen.

Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt Zustimmung zu der in Ziffer I enthaltenen Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/18786. Das heißt, der Landtag gibt im Konsultationsverfahren eine entsprechende Stellungnahme ab.

Der endberatende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt ebenfalls, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: "Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt."

Wer der in Ziffer I enthaltenen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drucksache 18/18786 mit der zusätzlichen Maßgabe des endberatenden Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Dies sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD und FDP.Fraktionslose Abgeordnete sehe ich momentan nicht. Damit ist beschlossen, dass der Landtag im Konsultationsverfahren eine entsprechende Stellungnahme abgibt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Wiederum ist kein fraktionsloser Abgeordneter anwesend. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Verkehr
Notfallplan für den Verkehr
31.08.2021 - 26.10.2021
Drs. 18/18079, 18/18786 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21
Drs. 18/18742, 18/18782 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	**GRÜ**	**FREIE WÄHLER**	**AfD**	**SPD**	**FDP**
Z	A	Z	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

Verfassungsstreitigkeiten

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Oktober 2021 (Vf. 40-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher für die Jahre 2001 bis 2003 (GerichtsvollzieherbürokostenentschädigungsVO 2001 - 2003 – GVBEntschV 2001 - 2003) vom 21. August 2007 (GVBl. S. 630, BayRS 2032-2-43-J)

   PII-G1310.21-0019
   Drs. 18/18672 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Oktober 2021 (Vf. 51-VIII-21) betreffend Meinungsverschiedenheit
   zwischen der Antragstellerin
   Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
   und den Antragsgegnerinnen
   1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
   2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
   vom 28. September 2021 über die Frage, ob § 1 Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzt

   PII-G1310.21-0020
   Drs. 18/18675 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag gibt eine Stellungnahme ab.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. SPD
Gute Arbeit erfordert guten Arbeits- und Gesundheitsschutz – Vollzug des Arbeitsschutzkontrollgesetzes in Bayern
Drs. 18/16914, 18/18569 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Auswirkung der Klimaüberhitzung auf Feuchtgebiete, die dem Natura 2000-Schutz unterliegen
Drs. 18/17055, 18/18549 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Sturzflutrisikomanagement in Bayern
Drs. 18/17060, 18/18550 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Naturschutzkriminalität gezielt und effektiv bekämpfen
Drs. 18/17064, 18/18551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen I:
Stabsstelle zur Koordinierung einrichten
Drs. 18/17077, 18/18552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

10. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen II: Sonderfonds für die Beseitigung von PFC-Kontaminierung auflegen
Drs. 18/17079, 18/18704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen III:
Jährlicher PFC-Bericht an den Landtag
Drs. 18/17080, 18/18553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Antisemitismus – Islamistische Verbreitung an der Wurzel bekämpfen I
Drs. 18/17272, 18/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Antisemitismus – Islamistische Verbreitung an der Wurzel bekämpfen II
Drs. 18/17273, 18/18677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Lehren aus den Hochwasserkatastrophen ziehen – Zentrum für Wassergefahren schaffen
Drs. 18/17280, 18/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Anpassungen an den Klimawandel ernst nehmen und zügig umsetzen
Drs. 18/17282, 18/18554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Europäische Werte durch Rechtsstaatsmechanismus schützen: konsequente EU-Mittelkürzungen bei Rechtsstaatsverstößen
Drs. 18/17387, 18/18536 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Hoffnung allein wird nicht reichen: Jetzt wirtschaftspolitische Krisenstrategie für den Herbst 2021 vorbereiten!
Drs. 18/17435, 18/18753 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren aus dem OEZ-Attentat I – Maßnahmen zur besseren Aufklärung und rechtzeitigen Identifizierung von gewaltorientierten Einzeltätern und rechtsextremen Netzwerken
Drs. 18/17436, 18/18679 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren aus dem OEZ-Attentat II – Maßnahmen zur besseren Aufklärung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet
Drs. 18/17437, 18/18680 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren aus dem OEZ-Attentat III –
Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierungsrisiken
Drs. 18/17438, 18/18683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Annette Karl, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Landwirtschaft jetzt unterstützen – Futterengpässe durch Unwetterschäden unbürokratisch beheben
Drs. 18/17439, 18/18523 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen –
blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen
Drs. 18/17440, 18/18705 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Martin Huber, Peter Tomaschko u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klimaschutz beginnt vor der Haustür:
Umstellung auf klimaneutrale Asphaltmischung in Bayern
Drs. 18/17492, 18/18555 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Naturpark-Ranger in Bayern
Drs. 18/17496, 18/18556 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Engerlingkalamität in Bayern
Drs. 18/17642, 18/18524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Hopfen im Klimawandel – Bericht zur Situation der bayerischen Hopfenbäuerinnen und Hopfenbauern
Drs. 18/17645, 18/18525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Aktuelle Entwicklung des Hopfenstaucheviroid und des Citrus Bark Cracking Viroid im Hopfen
Drs. 18/17648, 18/18526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Die Bürgerinnen und Bürger an der Windkraft beteiligen
Drs. 18/17830, 18/18754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Bayern braucht mehr Fachkräfte für die Energiewende – Kostenfreiheit der Meisterausbildung gewährleisten
Drs. 18/17831, 18/18755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Klaus Adelt u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Ein Netz von kommunalen Ladesäulen für E-Autos
Drs. 18/17832, 18/18756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

31. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Potenzial der Geothermie für Wärmewende in Bayern umgehend nutzen!
Drs. 18/17833, 18/18757 (A)

Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Klimafreundliche und bezahlbare Heizungsanlagen für ganz Bayern
Drs. 18/17834, 18/18758 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Bayerisches Klimageld einführen für mehr Gerechtigkeit
Drs. 18/17835, 18/18759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
CO_2-intensive Industrien umsichtig modernisieren
Drs. 18/17836, 18/18760 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

35. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Wirtschaftsförderung aufs Klima ausrichten
Drs. 18/17837, 18/18761 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

36. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Diana Stachowitz u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Die Beschäftigten der Autoindustrie brauchen Hilfe bei der Transformation
Drs. 18/17838, 18/18762 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

37. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhöhung des Fördersatzes für erstmalige Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung beim Bayerischen Sonderprogramm Landwirtschaft
Drs. 18/17880, 18/18527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheit wieder großschreiben – keine 3G-Pflicht an bayerischen Hochschulen!
Drs. 18/17892, 18/18729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

39. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Fortschreibung des Berichts des LfU „Per- und polyfluorierte Chemikalien in Bayern – Untersuchungen 2006 – 2018“
Drs. 18/17893, 18/18557 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

40. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Pflichtstückegesetz modernisieren
Drs. 18/18024, 18/18727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Margit Wild u.a. SPD
Umsetzung des Präsenzstudiums im Wintersemester 2021/2022
Drs. 18/18025, 18/18728 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
60 Jahre Anwerbeabkommen Türkei:
bayerisch-türkische Beziehungen jetzt weiterentwickeln
Drs. 18/18026, 18/18748 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung Hochwasser 2021 –
Katastrophenschutz in Bayern zukunftsfest machen
Drs. 18/18028, 18/18684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auslauf für Schweine gewährleisten – keine zusätzliche Last für Schweinhalterinnen bzw. -halter und ihre Tiere im Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest
Drs. 18/18084, 18/18528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

45. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Maikäferschäden im Jahr 2022 jetzt vorbeugen –
Bericht über das Maikäfer-Monitoring
Drs. 18/18201, 18/18529 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z